Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Juli 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Zwei Wege - zwei Linien

Lehren aus dem französischen Beispiel

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN hatten wir über den heldenhaften Kampf des französischen Proletariats in Verbindung mit den Studenten im Mai/Juni dieses Jahres berichtet und den Verrat der französiechen Revisionisten aufgezeigt. Heute wollen wir für uns die Lehren daraus ziehen.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen: In Nanterre und dem Quartier latin begann Anfang Mai der revolutionare Kampf der Massen aufzulodern. Es waren zunächst vorwiegend Studenten, die den Mut zur Rebellion gegen das kapitalistische System aufbrachten. Sofort fielen Reaktion und Revisionisten mit übelsten Verleumdungen und Beschimpfungen über sie her. Mit allen Mitteln versuchten sie die von den Studenten angestrebten revolutionären Kontakte zur Arbeiterschaft, die Kampfeinheit der Arbeiter und Studenten zu sabotieren.

Doch die Masse der Arbeiter durchbrach die von den Bossen der französischen Revisionisten errichteten Schranken und eine gewaltige Streikbewegung, die praktisch die Wirtschaft des ganzen Landes lahmlegte, setzte ein. Mehr und mehr richtete sich der Hauptstoß des Kampfes gegen das kapitalistische System selbst. Nun, da sie ihn schon nicht verhindern konnten, taten die revisionistischen Führer der KPF und des CGT alles, um den politischen Kampf der Massen auf rein wirtschaftliche Forderungen zu beschränken. Eiligst nahmen sie Verhandlungen mit der französischen Monopolbourgeoisie auf, um ein Übereinkommen zu treffen und die auflodernde Revolution so schnell wie möglich zu ersticken. Die Volksmassen verwies man auf die kommenden Wahlen mittels derer man die Mehrheit für eine "Volksregierung der demokratischen Union" zu erringen hoffte.

Was daraus wurde, ist bekannt. Die sogenannten Linksparteien und die revisionistischen Führer der KPD erhielten einen doppelten Tritt in den Hintern. Die Monopolbourgeoisie - weit davon entfernt,

---

"Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, zu ersetzen ..."

LENIN

---

die Anbiederungsversuche, den offenen Verrat der Bonzen der KPF und des CGT zu honorieren - entfesselten eine wütende, antikommunistische Hetze.

Die durch den Verrat enttäuschten Arbeiter verweigerten ihnen in Massen die weitere Gefolgschaft. Aus war der Traum, durch Wahlen einige Ministersessel zu ergattern. Doch machen wir uns nichts vor. Selbst wenn das Wahlergebnis - trotz des reaktionären Mehrheitswahlrechts - anders ausgefallen wäre, es hätte an der Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie nicht das geringste geändert.

Nun ist das Geschrei groß und die revisionistischen Führer der KPF, unterstützt von der sowjetisch-revisionistischen Verräterclique, suchen die Schuldigen an ihrer Niederlage. Und sie finden sie im Verein mit bürgerlichen Zeitungen wie BILD bei den revolutionären Arbeitern und Studenten.

Seit Jahren predigen uns die sowjet-revisionistischen Renegaten, daß die Ar-

beiterbewegung in Europa größte Bedutung zukäme, daß sie "in der gegenwärtigen Zeit im Mittelpunkt stünde." Kaum aber, daß die Arbeiter- und Studentenbewegung in Frankreich und anderen kapitalistischen Ländern sich zum Sturm erhob, gerieten diese Verräter aus dem Häuschen, warfen ihre Losungen vom "Antiimperialismus" und "im Mittelpunkt stehen" über Bord und beschworen die Arbeiter kriecherisch um Gottes willen "Ruhe und Ordnung" zu bewahren. Sie haben sich voll und ganz als konterrevolutionäre Schergen im Dienste des vom amerikanischen angeführten Imperialismus entlarvt.

Vor 48 Jahren analysierte Lenin in der II. Internationale die Sozialdemokratischen Parteien und deckte auf, was es damit auf sich hatte. Er gab folgenden Hinweis: "Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." In Frankreich ist es jetzt ausgerechnet die Führungsclique der französischen Revisionisten, eine Bande von Renegaten und Arbeiterverrätern, ein Haufen neuer sozialdemokratischer Bonzen, die sich dazu hergibt, für das Ausbeutungssystem der Imperialisten und Kapitalisten den Wachhund zu spielen.

Wen wundert es da noch, daß sie die revolutionären Kräfte Frankreichs, Studenten und Arbeiter mit Gift und Galle bespeien und ihnen die Schuld an ihrer Niederlage in die Schuhe schieben. Die revolutionären Kämpfe hätten das Kleinbürgertum erschreckt und in die Arme de Gaulles getrieben. Wird die Revolution von Kleinbürgern gemacht oder der klassenbewußten Arbeiterschaft? Das Kleinbürgertum orientiert sich immer nach der Seite, auf der es die stärksten Bataillone vermutet. Und wie sollte es angesichts der lakaienhaften Haltung der französischen Revisionisten gegenüber dem Monopolkapital etwas anderes schliessen, als das dort die stärkeren Bataillone stünden?

Das Beispiel Frankreichs hat uns erneut und eindeutig bewiesen, daß durch Wahlen unter den Druck der Bourgeoisie und der Lohnsklaverei das Proletariat keinesfalls die Macht erobern kann. Wir haben jetzt erlebt, wie rasch auch in einem Land Westeuropas eine revolutionäre Bewegung entstehen kann, aus der Arbeiterklasse selbst heraus, gegen den Willen ihrer korrumpierten Führer. Solange der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung besteht, wird es zwangsläufig solche Kämpfe und schließlich Revolutionen geben. Heute in Frankreich, morgen in Italien, übermorgen in Deutschland.

Wir werden die auf uns zukommenden Kämpfe nicht siegreich bestehen können, wenn wir nicht gleichzeitig den Imperialismus, die Monopolbourgeoisie zusammen mit ihren engsten Verbündeten, den Reformisten der Sozialdemokratie und die revisionistische Führungsclique der KPD, bekämpfen.

<u>RADIO PEKING</u> in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

<u>RADIO TIRANA</u> in deutscher Sprache

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00 -6.30	215 m	41 m, 50 m
14.30-15.00	-	41 m, 50 m
16.00-16.30	-	41 m, 50 m
18.00-18.30	-	41 m, 50 m
19.00-19,30	-	41 m, 50 m
21.30-22.00	215 m	- 50 m
23.00-23.30	-	41 m, 49 m

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich.

Einzelpreis 20 Pfennig.

Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Lest ständig:

PEKING RUNDSCHAU

Verschärfung des politischen Strafrechts

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit - infolge des Kampfes gegen die Notstandsgesetze - wurde in Bonn ein neues politisches Strafrecht verabschiedet, von dem es heißt, daß es wesentlich liberaler sei als das während der US-Aggression in Korea 1951 beschlossene sogenannte "Blitzgesetz". Schaut man sich die Sache jedoch näher an, stellt man fest, daß statt einer Liberalisierung eher eine Verschärfung der Strafbestimmungen erfolgte.

Nichts dagegen, daß die Gefährdung des Friedens, die Vorbereitung eines Angriffkrieges in Zukunft mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird. Aber man wird wohl schwerlich annehmen können, daß sich die westdeutschen Imperialisten selbst hinter Gitter bringen werden. Also was soll's?

Nach dem neuen Strafrecht wird dagegen mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft, wer mit Drohung oder Gewalt den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen sucht. Der bisherige Abschnitt "Staatsgefährdung" wurde in "Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates" umgewandelt.

Was aber heißt im Sinne des Gesetzgebers "Demokratischer Rechtsstaat"? Es heißt die "bürgerlich-parlamentarische Demokratie", die Klassenherrschaft des Monopolkapitals. Wer dagegen ist, wer zum Beispiel die Einführung des "Rätesystems" fordert, wandert hinter Gitter. Wer die revolutionäre Gründung - anders geht es ja nicht - eines einigen sozialistischen Deutschlands fordert, wandert für 10 Jahre hinter Zuchthausmauern.

Strafbar bleibt weiter die Tätigkeit für eine vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei. Mit Mehrheit wurde § 80 a gebilligt, nach dem mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft wird, wer die Bundesrepublik, eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmässige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht. Das gleiche gilt, falls die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder verunglimpft werden.

Wer also den Bundesvogel, die Krähe des deutschen Militarismus in Zukunft einen "Pleitegeier" schimpft, muß damit rechnen, eingesperrt zu werden. Das gleiche gilt für den Bundespräsidenten. Der Paragraph "Majestätsbeleidigung" blieb erhalten. Also bitte nicht "Bundesheini" oder "KZ-Baumeister" Lübke, das kostet Monate.

Besonders hat man es auf den Schutz der Bundeswehr vor zersetzenden Einflüssen abgesehen. Nach dem "Zersetzungsparagraphen" kann jeder mit Gefängnis bestraft werden, der den Bundeswehrsoldaten erklärt, daß es die ihnen zugedachte Aufgabe ist, die Diktatur der Monopolbourgeoisie mit der Waffe in der Hand gegen die Rechte des Volkes zu verteidigen.

Was sind denn nun eigentlich die Errungenschaften dieser neuen Strafrechtsbestimmungen? In Zukunft will man DDR-Bürger nicht mehr bestrafen, die auf dem Boden ihres Staates politisch tätig sind. Sportfunktionäre der DDR sollen nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Die Arroganz und Überheblichkeit der westdeutschen Gesetzesgeber sind wirklich nicht zu übertreffen. Sie wollen sogar erlauben; daß Einladungen zur sogenannten Arbeiterkonferenz nach Leipzig, das Sammeln von Adressen und Berichten über die Preise von Winterkartoffeln und die Höhe des Weihnachtsgeldes straflos bleiben.

Doch warum wundern. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß es kein sogenanntes objektives Recht oder Rechtsstaatlichkeit gibt. Recht wird immer im Sinne der herrschenden Klasse geübt. Und Justiz ist Klassenjustiz mit der Aufgabe, diejenigen einzukerkern, die es wagen, gegen die bestehende Klassenherrschaft zu kämpfen. Dafür wird sie schließlich bezahlt. Was immer die bezahlten Handlanger der Monopolbourgeoisie auch beschließen mögen, es schert uns nicht. Wir werden den beschrittenen Weg zu Ende gehen und die Diktatur der Handvoll Multimillionäre und Monopolherren durch die Herrschaft der Mehrheit des Volkes, die Diktatur des Proletariats ersetzen.

Keine Amnestie für Demonstranten

Der "neue Kurs" der KPD: "Auf dem Boden des Grundgesetzes" - "friedlich-parlamentarischer Übergang" und wie die revisionistischen Schmarren noch alle heißen, beginnt Früchte zu tragen. Allmählich fängt man auch in Bonn an,zu begreifen, daß solch eine Partei absolut keine Gefahr mehr für die Diktatur des

Monopolkapitals darstellt, sondern im Gegenteil als nützliches demokratisches Aushängeschild dienen kann. So faßte man denn im Bundestag den Beschluß: Amnestie für politische Straftäter. Diese Amnestie kommt allen zugute, die im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot verurteilt wurden bzw. gegen die noch ein Ermittlungsverfahren läuft. Praktisch stände damit der Rückkehr der KPD-Prominenz aus Ostberlin nun nichts mehr im Wege.

Bezeichnend bei dieser Amnestie ist jedoch, daß alle angeblichen "Straftaten" der Studenten, Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler anläßlich der revolutionären Kämpfe im Frühjahr dieses Jahres ausgeklammert wurden. In Bonn erkennt man recht wohl, von welcher Seite ernste Gefahr für die bestehende bürgerlich-kapitalistische Ordnung droht. So gilt denn nach wie vor für die Kräfte der "Revolutionären Front": Polizei, Knüppel, politische Verfolgung, Gefängnis.

Die Praxis

"Wer sich von einer Zusammenrottung nicht entfernt, obwohl er sieht, daß Gewalttätigkeit geübt wird, muß wegen Landesfriedensbruch bestraft werden". Mit dieser Begründung wurde in Nürnberg ein 16jähriger Gymnasiast verurteilt, der an einer Demonstration anläßlich des Nürnberger SPD-Parteitages teilgenommen hatte, bei der Bundesminister Wehner die Brille verrutschte. Der 16jährige war von der Polizei fotografiert worden, als er eingekeilt in der Menge stand. An Tätlichkeiten war er nicht beteiligt. Sein bloßes Dabeisein reichte zur Verurteilung. Der Prozeß war der Auftakt zu weiteren 11 Verfahren.

Ein Münchner Gericht schickte den 21jährigen Studenten, SDS-Mitglied Reinhard Wetter für ein Jahr ins Gefängnis, weil er,ohne einen Fahrschein zu besitzen, in einer Straßenbahn gegen Fahrpreiserhöhungen protestiert und sich anschließend an einer unerlaubten Demonstration vor dem Amerika-Haus beteiligt hatte. Ferner sollte er bei einer Demonstration vor dem griechischen Generalkonsulat einen Stein gegen das Gebäude geworfen und ein Hausverbot für die Münchner Uni nicht beachtet haben.

Fünf Jahre Gefängnis können in Zukunft Bundesbürger erhalten, die US-Soldaten raten, sich der Teilnahme an der US-Aggression in Vietnam durch Desertion zu entziehen. Das drohte die 6. Strafkammer des Heidelberger Landgerichtes im Zusammenhang mit einem Prozeß gegen einen Studenten, der in seinem Pkw entsprechende Flugblätter befördert hatte. Deutsche Gerichte im Dienste des US-Völkermordes, das ist die Praxis.

Zur Lage der "Frontstadt"

Von einem Westberliner Genossen

Es kommt darauf an, unter der vom Faschisierungsprozeß besonders bedrohten Westberliner Bevölkerung Menschen zu finden, die in kollektiver Erarbeitung des Marxismus-Leninismus, der Lehre Mao Tse-tungs und am Beispiel der grossen proletarischen Kulturrevolution China Kader zu bilden, die die lohnabhängigen Massen mobilisieren und den verschiedenen revisionistischen Strömungen, die sich heute noch als "Kommunisten" bezeichnen, aber schon längst zu orthodoxen Kirchen geworden sind, entgegenzutreten.

Viele junge Berliner solidarisierten sich nach dem Tod Benno Ohnesorgs aus Empörung über die faschistischen Methoden des Berliner Senats und seinem Vollzugsorgan,der Polizei,mit dem SDS, in der Hoffnung, daß hier die Möglichkeiten der Aufarbeitung sozialistischer Theorien gegeben wären, um auf diese Weise in der Lage zu sein, in revolutionärer Praxis, an Aktionen gegen den Monopolkapitalismus in der Bundesrepublik und dem US-Imperialismus teilzunehmen.

Der SDS glaubte bis vor kurzem nach dem Rätesystem Macht ausüben zu können. Man gründete eine Anzahl von Projektgruppen, die u.a. am Rätemodell arbeiteten, vor allem aber die wichtige Gruppe "III. Welt", in der Publikationen zur Situation dieser Länder gelesen, diskutiert und revolutionäre Kampfmethoden in die Metropolen übertragen werden sollten.

Alle Gruppen haben inzwischen erkannt, daß sie sich zunächst wieder auf theoretische Aufgaben beschränken sollten, um endlich in der Lage zu sein, mit Revolutionsmodellen, die unseren Gegebenheiten entsprechen, hervorzutreten.

Die bisherigen Aktionen des SDS boten an sich konkrete Möglichkeiten der Kommunikation zur arbeitenden Bevölkerung und viele Genossen sind fähig, diese Arbeit zu leisten, sie haben es jedoch in Anbetracht von allgemein noch verbreitetem Intellektualismus innerhalb der Studentenschaft schwer, fortlaufende Hilfe

für Aktionen zu erhalten, zumal im Verband verschiedenartigste politische und agitatorische Auffassungen kursieren. Hinzu kommt, daß auch die 1500-2000 mobilisierten Berliner Studenten durcheus noch nicht das Prestigedenken abgebaut haben und für viele im Fall des "Nichtzustandekommens der Revolution" immer noch die Hintertür der recht gut bezahlten, manchmal auch "revolutionär" verbrähmten akademischen Berufe offenstehen, die Integrationsmöglichkeiten des einzelnen Subjekts besteht nach wie vor.

Die letzten Aktionen anläßlich der Beratung der Notstandsgesetze im Bundestag ergäben an der Freien Universität und an anderen Hochschulen in Berlin zunächst keine wesentliche Erweiterung der studentisch-revolutionären Basis. Sie wird nur dort möglich sein, wo das Bewußtsein am weitesten fortgeschritten ist und wo zum Beispiel die Studenten der philosophischen Fakultät nach Abschluß ihres Studiums größere Schwierigkeiten haben, ihre beruflichen Vorstellungen zu realisieren. In Anbetracht der ungleich schwierigeren Situation in Deutschland sind jedoch von der Masse der "rebellierenden Studenten" die Probleme und Nöte der Arbeiterklasse nicht gründlich genug untersucht worden, bzw. es wurde versäumt, daß sich wirklich viele mit den u.a. auch in den letzten Jahren erstellten diesbezüglichen Analysen beschäftigen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft ist auch die Universität eine Klassenuniversität, deren Funktion es ist, die Ausbildung von systemdienlichen Technokraten zu gewährleisten. Dagegen kämpft ein Teil der Studenten, zum Beispiel mit der Forderung, daß das Abitur als Zulassungsbedingung zur Universität aufgehoben werden soll, denn wievielen Arbeitern ist es möglich, neben ihrer Arbeit das Abitur nachzumachen?

Auf der anderen Seite bietet aber gerade die Universität in Deutschland Kindern der bürgerlichen Klasse Privilegien und gute Berufsaussichten, die diese der Problematik der Lohnabhängigen entfremden. Egoistisches Konsumdenken, Karrieremacherei und Intrigantentum sind zu Fetischen dieser Gesellschaftsordnung geworden.

Viele Studenten bezeichnen sich als "Maoisten", jedoch scheinen sie vielmehr Anhänger Marcuses und Adornos, diesen negativistischen Aushängeschildern einer bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Im SDS Berlin sollte Anfang des Jahres eine China-Vietnam-Gruppe gebildet werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß von ca. 15 Leuten, die sich anfangs einstellten, zwei bis drei übrigblieben, die an der Lehre Mao Tse-tungs arbeiten wollten. Die anderen waren ausschließlich am Vietnamkrieg und am damals akuten Vietnamkongreß in Berlin interessiert; die Volkskriegsstrategie Mao Tse-tungs wurde damit im Zusammenhang noch begriffen.

Es ist sicher bekannt, daß viele "alte Kommunisten", abgesehen von den bürokratischen Funktionären der SED und KPD den SDS mit Skepsis beobachten. Teilweise ist das berechtigt, zum anderen sollte man aber die ernst zu nehmenden jüngeren, die die bürgerliche Lebensauffassung weit hinter sich gelassen haben, nicht allein lassen. Diese werden der Kritik und den Anregungen der "alten Revolutionäre" stets aufgeschlossen sein.

Es gilt das bestehende Klassendenken bei den Studenten und die Auswirkungen der bürgerlichen Erziehung der Arbeitnehmer, als Lohnabhängige, zu durchbrechen und auf die subjektive Abhängigkeit von den durch die herrschende Klasse geschaffenen objektiven Verhältnisse hinzuweisen.

Unsere Aufgabe ist es, in die Offensive zu gehen und möglichst viele Menschen mit den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tungs vertraut zu machen und mitzuhelfen, die proletarische Revolution in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt vorzubereiten.

-pg-

Ständig neue Siege der Befreiungsfront

US-Truppen auf dem Rückzug

Natürlich ist es im Rahmen unserer kleinen Zeitung unmöglich, all die heroischen Siege, die das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen die US-Aggressoren erringt, auch nur annähernd zu schildern. Tag für Tag erreichen uns neue Meldungen über die ruhmreichen Taten unserer vietnamesischen Klassenbrüder. Bezeichnend jedoch und typisch für die Situation im Südvietnam ist der Fall von Khe San, bei dem vor kurzem weit über 1000 "Marines" außer Gefecht gesetzt und an die 30 US-Flugzeuge abgeschossen wurden.

Wie war es noch vor wenigen Monaten, als die Befreiungsfront ihre Angriffe auf das von den US-Aggressoren zur Festung ausgebaute Khe San begann. Damals betonten die USA, Khe San sei von großer strategischer Bedeutung und daher auf jeden Fall zu halten. US-Boss Johnson

ließ sich gar von seinen Generälen schriftlich und ehrenwörtlich versichern, Khe San auf jeden Fall zu halten. Diese Versicherung führte seit dem 20. Januar 1968 zum Verlust von 15 000 amerikanischen Soldaten. Doch all diese Opfer vermochten nicht den unausbleiblichen Rückzug, den Fall von Khe San zu verhindern. Die US-Faschisten erhielten ihr kleines Stalingrad.

Wenn die US-Generäle jetzt von geplanten strategischen Maßnahmen sprechen, um ihre schwere Niederlage zu bemänteln, so muß man an die Fabel vom Fuchs und den Trauben oder die "siegreichen Rückzüge" der Hitlerwehrmacht denken. Dieser Krieg wird und kann von den US-Aggressoren niemals gewonnen werden, das wird auch von hohen US-Politikern in zunehmendem Maße erkannt. Um so mehr verstärken sie ihre Anstrengungen, durch den Schwindel von Friedensgesprächen dennoch ihre unausbleibliche Niederlage zu vermeiden, worin sie von der sowjetischen Revisionisten-Clique eifrig unterstützt werden, die versucht, durch Intrigen und Druck auf die nordvietnamesische Regierung eine Lösung "auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954" herbeizuführen.

Was heißt auf der Grundlage von 1954? Das heißt zu Vereinbarungen zurückzukehren, die die USA schamlos durch ihren Überfall zerrissen haben. Das heißt, das vietnamesische Volk um die Früchte seines Kampfes zu betrügen und die Mörder auch noch zu belohnen. Das ist dasselbe, als wenn irgend jemand vom sowjetischen Volk nach der Schlacht von Stalingrad verlangt hätte, man solle sich mit den Hitlerfaschisten zu Friedensgesprächen zusammensetzen, um zu den Vereinbarungen des Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland zurückzukehren. Wer damals solch eine Forderung erhoben hätte, hätte vom ruhmreichen Sowjetvolk und seiner Regierung sicherlich einen kräftigen Tritt in den Hintern erhalten, wäre als das, was er ist, als Kreatur der Faschisten bezeichnet worden.

Auch eine sowjetische "Hilfe" für Vietnam

Ende Juni drang ein US-Düsentransportflugzeug vom Typ DC 8 mit 214 Soldaten für den Einsatz in Vietnam an Bord in sowjetisches Hoheitsgebiet über der Kurilen Insel Iturup ein. Eine sowjetische MIG zwang den frechen Eindringling zur Landung. Soweit so gut und man hätte erwarten können, die Sowjetunion würde nach internationalem Recht und im Sinne des proletarischen Internationalismus die GI's wenigstens solange internieren, bis die USA ihre Aggression gegen das vietnamesische Volk eingestellt hätten.

Nichts dergleichen geschah. Eilfertig versicherten die Revisionisten im Kreml US-Botschafter Thompson, der dieser Sache wegen anläßlich der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages in Moskau vorstellig wurde, man würde eine Untersuchung des Zwischenfalls einleiten. Das Ergebnis: Um ihr Komplott mit den US-Imperialisten nicht zu gefährden, ließ die Revisionisten-Clique die amerikanische Maschine zum Mordeinsatz nach Vietnam starten.

Offen bleibt nur die Frage, ob man den sowjetischen MIG-Piloten wegen eigenmächtiger Handlung gegen einen Verbündeten zur Verantwortung ziehen wird.

"Wenn man Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, üble Elemente und anderes Gezücht überall hervorkriechen läßt, wenn unsere Kader durch die Finger schauen, viele von ihnen sogar keine Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen, sich mit dem Feind zusammentun, von ihm korrumpiert, zersetzt und demoralisiert werden, und wenn dann unsere Funktionäre ins feindliche Lager hineingezogen sind und sich die Feinde in unsere Reihen eingeschlichen haben, ja sogar viele Arbeiter, Bauern und Intellektuelle der bald weichen, bald harten Taktik des Feindes erliegen, dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit - in einigen Jahren oder in einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten - die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln, und das ganze Land wird die Farbe wechseln."

MAO TSE-TUNG

"Studenten und Arbeiter"

Unter dieser Überschrift erschien in der "Roten Fahne", der marxistisch-leninistischen Bruderzeitung unserer österreichischen Genossen ein ausgezeichneter Artikel. Lest ihn! Helft mit, diese grundsätzliche Einschätzung an unseren Hochschulen und Universitäten zu verbreiten. Bestellt die "Rote Fahne":

Wien XV
Goldschlagstraße 64/5
- 1150
